

Voigtländischer Anzeiger.

A m t s b l a t t

für das königliche Bezirksgericht zu Plauen, sowie für die königlichen Gerichtsämter und Stadträthe zu Plauen, Pausa, Elsterberg, Schöneck und Mühlstropp.

fünfundsiebenzigster Jahrgang.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Moriz Wieprecht in Plauen.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich viermal, und zwar Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends. Jährlicher Abonnementspreis, welcher pränum- rando zu entrichten ist, auch bei Beziebung durch die Post, 1 Thlr. 26 Ngr. — Annoncen, die bis Vormittags 11 Uhr eingehen, werden in die Tags darauf erscheinende Nummer aufgenommen, später eingehende Annoncen finden in der nächstfolgenden Nummer Aufnahme. — Inserate werden mit 1 Ngr. für die gespaltene Corpus-Zeile berechnet. Einzelige mit 2 Ngr. — Für die auswärtigen königl. Gerichtsämter und Stadträthe, für welche der Voigtländische Anzeiger Amtsblatt ist, bestehen die Geschäftsstellen in Pausa bei Herrn Rathskellerpachter A. Schütz, in Elsterberg bei Herrn F. W. Feustel, in Schöneck bei Herrn Eduard Meyer, in Mühlstropp bei Herrn Chausseegelder-Einnehmer Holzmüller.

Donnerstag.

N^o 8.

15. Januar 1864.

Zeitungsn.

Sachsen.

Dresden, 12. Januar. Beide Kammern haben heute Sitzungen gehalten. Die erste Kammer hat den Gesetzentwurf über die Verichtigung der Wasserläufe berathen und denselben nach einer längern Debatte, übereinstimmend mit den Beschlüssen der 2. Kammer, angenommen. Bezüglich eines bei dem Gesetzentwurfe, Erläuterungen zur allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffend, zwischen den beiderseitigen Kammerbeschlüssen bestehenden Differenzpunktes, welcher sodann zur Berathung kam, ist die Kammer bei ihrem frühern Beschlusse stehen geblieben. — Die 2. Kammer hat heute die Berathung des Ausgabebudgets, und zwar des Bauetats, begonnen.

Das Dr. J. stellt die Wiener Mittheilung des schwäbischen Merkurs (und der Köln. Ztg.) von einem Schreiben des Königs von Sachsen an den österreichischen Kaiser entschieden in Abrede und bezeichnet sie als eine Verdächtigung der Haltung Sachsens. Das Journal erklärt übrigens, König Johann habe in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gar nicht an den österreichischen Kaiser geschrieben.

Leipzig, 11. Januar. Se. Maj. der König empfing die Deputation der Versammlung vom 9. Januar, bestehend aus den Herren Gustav Harfort sen., Professor Hankel, Stadtv. Julius Müller, und erwiderte auf deren Anrede und Ueberreichung der Adresse etwa folgendes: Er habe nie nach Popularität gehandelt, aber es freue ihn herzlich, daß sich in dieser Sache die öffentliche Meinung und namentlich auch die Stimme ruhiger, besonnener Männer so entschieden ausspreche. Er könne nicht mehr thun, als soweit seine Macht reiche; allein man möge versichert sein, daß er an dem Recht Deutschlands fortwährend festhalten werde.

Leipzig, 11. Jan. Kurz nach 4 Uhr Nachmittags bewegte sich unter den Klängen des „Schleswig-Holstein meerrumschlungen“ und des deutschen Vaterlandsliedes eine unabsehbare Menschenmenge den obern Park entlang nach dem königlichen Palais, um Sr. Majestät dem Könige den Dank der Bevölkerung für die entschiedene Haltung der sächsischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auszusprechen. Alle Stände waren in der Menge vertreten. Als Se. Majestät der König auf dem Balcon des Palais erschien, erscholl dem geliebten Herrscher ein vieltausendfaches Lebehoch, das sich noch oft wiederholte, nachdem Herr Kaufmann M. Lorenz dem deutschen Fürsten, der mit Muth und Entschiedenheit das Recht und die Ehre Deutschlands gegen fremde Annäherung vertheidigte und dem nordischen Brudervolk den so nöthigen Schutz und Schirm nach besten Kräften zu bieten fest entschlossen sei, einen Hochruf gebracht hatte. Nach dem Absingen zweier patriotischer Lieder wurden dem verehrten Monarchen nochmals wiederholte Hochrufe ausgebracht, welche Se. Majestät mit sichtlicher Rührung entgegennahm.

Oesterreich.

Wien, 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte die Mittheilung eines Schreibens des Finanzministers, durch welches ein außerordentlicher Credit von 14 Millionen zum Militärbudget von 1864 gefordert wird. Von diesen 14 Millionen sind 4 Mill. zu Kriegsprästationen und zu Kriegsschädenvergütungen aus dem Jahre 1859 bestimmt, während die weiteren 10 Millionen auf Veranlassung der Bundesexecution in Holstein

beansprucht werden. Abgeordneter Mühlfeld und Genossen richten in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit an den Minister des Auswärtigen eine Interpellation folgenden Inhalts: Angesichts der Verschiedenheit der Ansichten, die sich bekanntlich zwischen den beiden deutschen Großmächten und den Mittelstaaten in der schleswig-holsteinischen Frage zeigen; Angesichts der von den Mittelstaaten in der Bundesversammlung niedergelegten Ansichten, welche den Gefühlen, Rechten und der Ehre der deutschen Nation entsprechen, wogegen das Verhalten Oesterreichs und Preußens dem deutschen Nationalgeiste und dessen Forderungen widerstreitet; Angesichts der Besorgniß, daß die weitere Entwicklung des bisherigen Gegensatzes zwischen den Beschlüssen der deutschen Bundesversammlung und des von Oesterreich und Preußen einverständlich stattgehabten Vorganges zur Auflösung des Bundes, ja sogar zum deutschen Bürgerkriege führen könnte, fragen Unterzeichnete dringendst: 1) ist die von Oesterreich im Einverständnisse mit Preußen bisher beobachtete Politik in der schleswig-holsteinischen Frage nur ein Ergebnis des Rathes des Ministers des Aeußern für sich, oder theilt das Gesamtministerium die Verantwortlichkeit für diese Richtung? 2) gedenkt die kaiserliche Regierung im Falle weiterer durch den Bund im Gegensatz zu ihren Ansichten und ihren unternommenen Handlungen gefaßten Beschlüsse, dieselben, und zwar selbst dann, wenn Preußen dies verweigert, auszuführen; oder soll 3) in einem solchen Falle selbst auf die Gefahr der Auflösung des Bundes, oder eines deutschen Bürgerkrieges die Ausführung verweigert werden? 4) wie weit reicht in dieser Frage das Einverständniß mit Preußen? — Unterzeichnet sind Mühlfeld, Hann, Groß, Brinz, Fleck, Giska, Stene, Oberleithner, Berger, Niehl, Lohninger, Dubon, Schöller, Haffner, Deumeister, van der Straß, Zimmermann, Wohlwend, Froschauier, Winterstein, Kaiser, Giffert, Steffens, Kothorn, Gull.

Wien, 9. Jan. Die amtliche „Venetianer Ztg.“ bestätigt, daß zwei Panzerregatten in den adriatischen Gewässern ausgerüstet werden, welche die Bestimmung haben, zum Schutze deutscher Häfen verwendet zu werden. Das Blatt fügt noch hinzu, daß die beiden Schiffe schon im Laufe des Monats Februar in Hamburg eintreffen werden. Außer Hamburg soll auch Bremen einen Schritt gethan haben, um Schutz für seine Küsten zu erlangen. — Heute fand ein mehrstündiger Ministerrath unter dem Vorsitz des Kaisers statt. — Es dürfte nun festgestellt sein, daß der Erzherzog Ferdinand Max sich im Verlaufe des nächsten Monats bereits nach Paris verfügt, um in mündlichem Verkehr mit dem Kaiser der Franzosen die nächsten Schritte in der mexicanischen Angelegenheit definitiv festzustellen. Im Frühling wird dann wohl der Erzherzog sich in sein Reich verfügen. Das englische Cabinet hat seine ursprüngliche Anschauung an der Sache wesentlich geändert.

Hannover.

Hannover, 12. Januar. (Ueber Berlin.) Der Minister v. Hammerstein eröffnete der Adressdeputation der Landesversammlung: es sei bekannt, wie sehr der König sich für die Herzogthümerangelegenheit interessire. Se. Majestät wolle der Entscheidung des Bundes nicht vorgreifen durch irgend welche Erklärung. — Positive Erklärungen über die Absichten des Königs und der Regierung verweigerte der Minister, bemerkte jedoch, es sei kein Anlaß vorhanden, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

Freie Städte.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Heute Nachmittag hat eine außer-